Es lebe die heldenhafte Arbeiterklasse Polens!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 1 Januar 1970 (1971!) 5. Jahrgang Preis 1 DM

Nieder mit der neuen polnischen Bourgeoisie!

Seite 3

SPD/FDP Regierung

Wegbereiter des Faschismus

Bonn treibt Preise !!

Die SPD/FDP-Regierung treibt in unverschämter Weise die Preise hoch. Während Bundeswirtschaftsminister Schiller in seinen "Orientierungsdaten" für das kommende Jahr den Arbeitern und Angestellten empfiehlt, recht schön Maß zu halten und keinesfalls Lohnerhöhungen von mehr als 7 bis 8 % zu verlangen, planen Bundespost und Bundesbahn den Werktätigen kräftig in die Tasche zu langen.

Die SPD/FDP-Regierung treibt in unverschämter Weise die Preise hoch. Während Bundeswirtschaftsminister Schiller in seinen "Orientierungsdaten" für das kommende Jahr den Arbeitern und Angestellten empfiehlt, recht schön Maß zu halten und keinesfalls Lohnerhöhungen von mehr als 7 bis 8% zu verlangen, planen Bundespost und Bundesbahn den Werktätigen kräftig in die Tasche zu langen.

Die Bundespost plant für das Jahr 1971:
die Telefongebühren von 18 auf 21 Pfennig,
Päckchen von 1,-- auf 1,20 DM,
Inlandsbriefe von 30 auf 40 Pfennig,

Wortgebühren für Telegramme von 30 auf 50 Pfennig, Paket- und Telexgebühren um rund 25% usw. zu erhöhen.

Die Bundesbahn plant im Laufe des Jahres eine Anhebung der Beförderungstarife für den Personen- und Güterverkehr bis 20 Prozent.

Doch nicht nur Bundespost und Bundesbahn, auch auf anderen

Die SPD wird es nicht dulden, daß durch nationalistische Hetze und reaktionäre Phrasen die Demokratie in der Bundesrepublik gefährdet wird, erklärte Bundeskanzler Brandt vor kurzem auf dem Kongreß der Jungsozialisten in Bremen. Er rief alle "freiheitlichen Kräfte" auf, gegen Provokationen wie die der "Aktion Widerstand" Front zu machen. Wie heuchlerisch diese Erklärung ist, wird deutlich, wenn man weiß:

daß es ausgerechnet die sozialdemokratisch regierten Länder sind, in denen unter massivem Polizeischutz mit Wasserwerfern, Tränengas und Sperrgittern gegen Gegendemonstranten, die reaktionären, revanchistischen Gruppen der "Aktion Widerstand" ihre Demonstrationen abhalten können;

daß es ausgerechnet die sozialdemokratisch regierten Länder waren, in denen antifaschistische Demonstrationen von Studenten und Arbeitern gegen den reaktionären Springer-Konzern, gegen den Besuch ausländischer Faschisten blutig von der Polizei zusammengeknüppelt wurden, in denen die meisten politischen Urteile gegen linke Demonstranten gefällt wurden;

daß es ausgerechnet die Brandt/Scheel-Regierung ist, die wärmste, freundlichste Beziehungen zu faschistischen Staaten wie Portugal, Spanien, Indonesien und andere und Staatsoberhäuptern wie den Massenmördern Hussein, Suharto oder auch Nixon unterhält;

daß es ausgerechnet die Brandt/Scheel-Regierung ist, die denen, die zu bekämpfen sie vorgibt, höhere finanzielle Zuschüsse gewährt als ihre Vorgängerin, die CDU/CSU-Regierung unter Kiesinger.

Die Flüchtlingsverbände, die in ihren Revanchekundgebungen die Brandt/Scheel-Regierung mit Ausdrücken belegen wie "fegt ihn weg, den roten Dreck" sollen von eben dieser Regierung für 1971 insgesamt 366.000 Mark mehr erhalten, als im letzten Amtsjahr CDU-Kanzlers Kiesinger. Darunter: der Bund der Vertriebenen 150.000 Mark, Ost- und Mitteldeutsche Landsmannschaften 100.000 Mark, der faschistische Witiko-Bund 8.000 Mark, der ostdeutsche Kulturrat 425.000 Mark, Vertriebenenbühnen 90.000 Mark, Jugendverbände der Vertriebenen 70.000 Mark usw. usf.

Aber auch antikommunistische Exilgruppen will die Bundesregierung mit 65.000 Mark mehr unter die Arme greifen als ihre Vorgängerin. So wird von ihr dem Verband polnischer Flüchtlinge 85.000 Mark bezahlt, dem ungarischen Zentralverband 95.000 Mark, dem estnischen und lettischen Zentralkomitee je 60.000 Mark, der Zentralvertretung der ukrainischen Emigranten 76.000 Mark – um nur einige wenige zu nennen.

Dies alles zeigt die abgrundtiefe Heuchelei der SPD/FDP-Regierung, die eine Fraktion des westdeutschen Monopolkapitals

den Telefonanschluß von 90.-- auf 120.-- DM,
Auslandsbriefe von 50 auf 60 Pfennig,
Postkarten von 20 auf 25 Pfennig,
Standard-Drucksachen von 10 auf 20 Pfennig,

Sektoren wie Müllabfuhr, Stadtreinigung, Marktgebühren und anderen Dienstleistungen sollen die Einwohner westdeutscher Großstädte kräftig zur Kasse gebeten werden. So hat vor kurzem Bremen den Wasserpreis je Kubikmeter um 24 Pfennig erhöht.

Selbst das Sterben wird teurer

In Kiel wurden die Kosten für eine Einäscherung von 100,-- auf 125,-- DM erhöht, während andere Dienstleistungen in der Fördestadt bis zu 30% stiegen. Andere Großstädte werden mit Sicherheit folgen.

Auf "längere" Sicht kündigte Bundesverkehrsminister Leber eine Erhöhung der Mineral-Ölsteuer und damit eine Steigerung des Ben-

← Fortsetzung S. 2 →



Protestdemonstration gegen Hussein-Besuch

SPD/FDP Regierung Wegbereiter des Faschismus

Fortsetzung

vertritt, in ihrem angeblichen Kampf gegen den "Rechtsradikalismus". Wenn Bundesinnenminister Genscher jetzt erklärte, man werde auch 1971 den Kampf gegen den Links- und Rechtsradikalismus führen, so wissen wir aus Erfahrung, daß es bei diesem Kampf seitens der Bourgeoisie sich immer nur um einen Kampf gegen "links" handelt, alles andere sind Scheingefechte nach der Methode, ich baue mir einen Bumann auf, haue ihn kräftig, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß ich gegen ihn bin.

Außerdem, wer sagt uns denn, daß die Gefahr der Faschisierung für die Bundesrepublik ausgerechnet von der "Aktion Widerstand", diesem Sammelsurium mehr oder minder offen auftretender revanchistischer und faschistischer Gruppen und Grüppchen ausgeht? **Lenkt man nicht, indem man sie als Hauptgegner hinstellt, wie es die SPD/FDP, die D"K"P und Teile der CDU tun, nach dem Motto "Haltet den Dieb" von dem wirklichen Feind, der westdeutschen Monopolbourgeoisie, dem westdeutschen Imperialismus und den ihm hörigen Parteien, wie die CDU/CSU und SPD/FDP ab?** Die meisten, die gefährlichsten Hitlerfaschisten sind nicht in der "Aktion Widerstand" zu finden, sondern sie haben sich längst in Regierung und Opposition, in Staat und Wirtschaft, in Presse und Bundeswehr etabliert.

Wer hat denn die präfaschistischen Notstandsgesetze, diesen bisher weitesten Schritt zur Diktatur beschlossen? Die NPD oder die Regierungskoalition aus CDU

Wer hetzte zum Krieg als er bezüglich der Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung sagte: "Wir sind nicht so blind, daß wir nicht sehen, daß das, was geworden ist, ein Ergebnis des Krieges ist. Ein Volk, das auf sich selbst hält, nimmt ein solches Ergebnis nicht einfach hin, auch nicht um den Preis des Friedens willen." Die "Aktion Widerstand" oder CDU-Exkanzler Kiesinger?

Nicht, daß wir die Tätigkeit der "Aktion Widerstand" für ungefährlich halten, wir werden den Faschismus, wie und in welcher Form er auch auftritt, entschieden bekämpfen. Die Hauptgefahr ist sie jedoch nicht. Der Faschismus, seine Errichtung durch die Monopolbourgeoisie ist voraus- und absehbar. Er ist nicht das Werk eines Mannes oder einiger Männer, die sagen, so, jetzt machen wir den Faschismus, **er ist die Regierungsform, die die herrschende Klasse, das Industrie- und Finanzkapital wählt, wenn sie meint, mit ihrer sogenannten bürgerlich-parlamentarischen Ordnung, die einen Schein von Demokratie aufrechterhält, nicht mehr regieren zu können.** Immer dann, wenn die Monopolbourgeoisie ihre Herrschaft ernsthaft gefährdert sieht, wie 1933, als infolge der Weltwirtschaftskrise der Einfluss der KPD unter den Volksmassen ständig wuchs, als eine revolutionäre Situation entstand, greift sie zur Herrschaftsform des Faschismus. **Wie sie das tut, ob wie vor 1933, als sie die Hitlerpartei durch eine Millio-**

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie wäre dumm, wollte sie sich zur Errichtung der faschistischen Herrschaft auf die NPD, die "Aktion Widerstand" oder sonstige sogenannte "rechtsradikale" Mini-Gruppen stützen, müßte sie doch damit rechnen, daß der Widerstand der Volksmassen infolge der Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus weitaus größer wäre, als wenn sie sich auf Parteien wie die CDU/CSU stützt. Wozu hat man denn seinen Strauß, seinen Kiesinger, seinen Barzel. Denkbar ist auch, daß sie sich um ihren Untergang hinauszuzögern, des Modells des Sozialfaschismus, getragen von SPD/FDP, bedient.

Wie dem auch sei, fest steht, daß sich auch in der Bundesrepublik die Klassenauseinandersetzungen ständig verschärfen, daß die Monopolbourgeoisie in immer größere Schwierigkeiten gerät und zunehmend die Gefahr der Faschisierung heranwächst. Wie sollen wir Marxisten-Leninisten uns angesichts dieser Gefahr verhalten?

Die D"K"P empfiehlt – weniger, weil sie gegen den Faschismus wäre, sondern weil es sie stört, daß die Fraktion um Strauß/Kiesinger gegen den moskauer Vertrag und die Ostpolitik der Bundesregierung ist – die Herstellung der Einheitsfront, der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, womit sie sich meinen. Kampf gegen das sogenannte "Rechtskartell", gegen die "Pervertierung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch die Monopole" (UZ, v. 21.11.70) hat sie auf ihre Fahnen geschrieben. Warum? "Es muß

Mitbestimmung der Millionen, durch die Einschränkung der Macht der Millionäre."

Da haben wir ihn wieder, den ganzen ausgemachten revisionistischen Schwindel. Die D"K"P will die Gefahr des Faschismus bekämpfen, nicht, indem sie die Wurzel des Faschismus, den Kapitalismus, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt, sondern indem sie die "bürgerlich-parlamentarische Demokratie" zu retten versucht. Deshalb ist sie bereit, der SPD mit Vehemenz in den Hintern zu kriechen, allerdings ohne daß ihr dies von dieser auch honoriert wird. Logisch gefolgert läuft dieses Rezept auf folgendes hinaus: Die Monopolbourgeoisie kommt in Schwierigkeiten und droht mit Faschismus. Revisionisten und Reformisten stellen Einheitsfront her und retten bürgerlich-parlamentarische Demokratie; Monopolbourgeoisie kommt wieder in Schwierigkeiten und droht mit Faschismus. Revisionisten und Reformisten stellen Einheitsfront her und retten bürgerlich-parlamentarische Demokratie; Monopolbourgeoisie kommt wieder ... usw. usf.

Hier entlarvt sich der ganze Schwindel der D"K"P, die zu einer Agentur zur Rettung der Herrschaft des Monopolkapitals, zum widerwärtigen Lakaien des Imperialismus geworden ist. Gerade zu grotesk aber ist es, wenn diese Herren schreiben: "Wer jetzt gegen die Aktionseinheit auftritt, begeht die Irrtümer von vor 1933 und besorgt, ob er will oder nicht, die Geschäfte von Strauß". (UZ,

ler der KPD vor 1933? Daß sie die SPD als Wegbereiter des Faschismus, als Agentur der Monopole, die sie auch heute noch ist, bekämpfte? Nein! Wenn es Fehler gegeben hat, dann lagen sie in der ungenügenden Differenzierung zwischen SPD-Führung und der proletarischen Mitgliedschaft dieser Partei. Auf jeden Fall führte die korrekte leninistische Politik der KPD vor 1933 dazu, daß die werktätigen Massen in zunehmendem Maße die reformistische Politik der SPD-Führung erkannten, so daß sie 1933 anläßlich der faschistischen Machtergreifung in breitem Maße bereit waren, der KPD zu folgen. Der Fehler der KPD 1933 lag darin, daß sie nicht spätestens am 30. Januar die Initiative ergriff und den bewaffneten Kampf gegen die Hitlerdiktatur eröffnete.

Heißt das, daß wir die Gefahr des Faschismus für die Bundesrepublik nicht erkennen, daß wir prinzipiell gegen die Einheitsfront sind? Nein! Nur lehnen wir das, was uns die Revisionisten der D"K"P als Einheitsfront empfehlen, die Kumpanei mit der Bourgeoisie entschieden ab.

Eine antifaschistische Einheitsfront, die die Volksmassen ergreift, steht noch nicht auf der Tagesordnung, sie könnte notwendig werden, wenn im Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus bzw. Sozialfaschismus als Form der Diktatur der Bourgeoisie der Faschismus die Hauptseite bildet. Eine solche Einheitsfront kann aber nur eine kämpferische Einheitsfront an der Basis sein, nicht aber eine solche mit dem bürokratischen Apparat der SPD und D"K"P. Eine "antifaschistische" Einheitsfront mit sozialfaschistischen Bonzen und Arbeiterverrätern, wie sie die D"K"P

und SPD?

Wer sagte: "Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen" oder "ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlgefühl für das deutsche Volk, wenn es sein muss, mit der Maschinenpistole erreichen". NPD-Boss von Thadden oder CSU-Chef Franz-Josef Strauß?

nen-Spende an die Macht schob, ob sie, wie in Griechenland, eine Militärjunta errichtet, ob sie sich dabei regierender sogenannter demokratischer Parteien bedient, ob der Übergang zum Faschismus schlagartig oder schleichend durch den ständigen Abbau demokratischer Rechte geschieht, das alles liegt in den Zweckmäßigkeitserwägungen der Monopolbourgeoisie.

verhindert werden, daß sich das Großkapital das Parlament zur Inkasso-Abteilung machen kann. (das hat es schon lange) Dann muß Schluß gemacht werden mit der Verfälschung des Wählerwillens. (das tut die Bourgeoisie schon seit Lenin) Dann muß endlich der Einfluß der arbeitnehmenden Bevölkerung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft durchgesetzt werden. Durch die

v. 21.11.70)

Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Was waren die Feh-

der Arbeiterklasse empfiehlt, kann bürgerlich-demokratische Rechte sowieso nicht verteidigen.

Grundsätzlich ist unser Ziel nicht die Rettung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, sondern die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch Herstellung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse.

Bonn treibt Preise

Fortsetzung

zinpreises – von dem der Staat schon heute rund 40 Pfennig pro Liter abkassiert – an.

Was werden diese Preiserhöhungen für Folgen haben? Dort, wo der Staat mit "gutem Beispiel" vorangeht, werden die Konzerne keine Hemmungen haben, mitzuhalten und die ihnen entstehenden Mehrkosten über den Preis ihrer Waren auf den Verbraucher abzuwälzen. (Diese Hemmungen haben sie allerdings auch so nicht, wie beispielsweise die Erhöhung der Haftpflicht-Versicherung für PKW und Kombiwagen um rund 25% zu Anfang des Jahres durch die Versicherungskonzerne beweist). Sicher ist, der sogenannte "kleine Mann" wird wieder büßen müssen. **Verkauft und verraten von einer Regierungspartei, die sich selbst "sozial"nennt, in Wirklichkeit aber nichts anderes ist, als eine Agentur des Großkapitals.**

Arbeitslose eingeplant

Während die Preise steigen, plant die Bundesregierung gleichzeitig, die Zahl der Arbeitslosen künstlich zu erhöhen. Dazu benutzt sie – wie ihr das WWI (Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaft) vorwirft, die Kreditpolitik der Bundesbank. Schon jetzt ist die Zahl der Arbeitslosen und die Kurzarbeit in den Betrieben gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gestiegen. Diese Steigerung wird anhalten und wir steuern geradewegs auf eine Krise zu, die die letzte beträchtlich in den Schatten stellen wird. Die Unternehmer, die Kapitalisten reagieren schon jetzt, indem sie eine Erhöhung der Tariflöhne und Gehälter für dieses Jahr um nicht mehr als 6,5% in Aussicht stellen. Gleichzeitig aber haben diese Geier schon jetzt eine Erhöhung ihrer Preise um durchschnittlich 10 bis 15% eingeplant.

Wieder einmal können wir "das Wunder" der kapitalistischen Wirtschaft erleben, das die Reichen reicher und die Armen ärmer macht, die fortlaufend im steigenden Maße Krise um Krise erzeugt. Dabei ist es völlig egal, welche Fraktion des Monopolkapitals, ob SPD/FDP oder CDU/CSU gerade an der Macht sind. Hat die eine abgewirtschaftet, d.h., ist ihr Ansehen in den Augen der Volksmassen gesunken, kommt halt die andere dran usw. usf. Doch für uns, die Werktätigen, kommt es aufs gleiche heraus, welcher Fuß des Monopolkapitals, ob der linke oder der rechte uns in den Hintern tritt. Wir haben es gar nicht gern, wenn man uns tritt. Und auch wenn Leute, die sich Kommunisten nennen, wie die von der D"K"P, uns einreden wollen, wir sollten Geduld aufbringen und die A...backen schön fest zusammenkneifen, bis sie durch Wahlen an die Macht gekommen seien, so danken wir bestens, denn:

erstens haben wir keine Lust, die Herrschaft der alten Bourgeoisie durch die einer neuen einzutauschen, von der wir genauso ausgebeutet werden,

zweitens sind wir nicht so dumm, um zu glauben, daß die Kapitalisten freiwillig über den sogenannten Weg der "Mitbestimmung" ihre Betriebe, der Wahlen, ihre Staatsmacht hergeben werden.

Wer nicht mehr getreten, nicht mehr ausgebeutet, nicht mehr in kapitalistischen Raubkriegen verheizt werden will, muß erkennen, daß nur das organisierte Proletariat im Bündnis mit anderen Volksschichten den Sturz der herrschenden Klasse herbeiführen kann.

Auch Milch wird teurer

Vom 1. Februar 1971 an soll die Trinkmilch um ca. 2–4 Pfennige teurer werden. Eine entsprechende Rechtsverordnung wurde vom Bundeskabinett gebilligt. Für lose Milch wird ein Mindestpreis von 46 Pfennig (2,6 Pfennig mehr), für Milch in Flaschen oder Beuteln von 55,4 Pfennig (4,8 Pfennig mehr) gelten. Diese Preissteigerung trifft vor allem die kinderreichen Familien.

ROTER MORGEN 1/71 S. 2

Vorraussage eingetroffen

Wie der ROTE MORGEN in seiner letzten Ausgabe bezüglich des Prozesses gegen die Bernhold-Reederei "Hamburger Lloyd" wegen vorsätzlicher Verseuchung von Rhein, Ems und Elbe voraussagte, ist der Angeklagte Dr. Jürgen Bernhold milde bestaft worden. 8 Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung und 85.000 Mark Geldstrafe dafür, daß er mit hochgiftigen Raffinerie-Abwässern die Trinkwasserversorgung ganzer Landstriche verseuchte.

Roter Morgen

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

2 Hamburg 71, Postfach 464. Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider.

Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44.

Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis DM 1,–. Jahresbezugspreis: DM 11,– (einschließlich Porto)

Es lebe die heldenhafte Arbeiterklasse Polens!

Nieder mit der neuen polnischen Bourgeoisie!

Am 14. Dezember legten in Gdansk (Danzig) polnische Werftarbeiter die Arbeit nieder. Sie protestierten damit gegen Preiserhöhungen, durch die die Ausgaben eines durchschnittlichen Haushalts um 20 % gesteigert wurden.

Die danziger Polizei, verstärkt durch Miliz- und Armee-Einheiten, versuchte, diesen Protest im Werft- und Hafengebiet zu lokalisieren und ihn dort brutal zu ersticken. Allerdings ohne Erfolg.

Die Arbeiter schoben die Polizeiautos beiseite, steckten sie in Brand und organisierten machtvolle Demonstrationen im Stadtgebiet. Kollegen aus anderen Betrieben, aber auch Hausfrauen und Studenten – von den Arbeitern mobilisiert – schlossen sich an.

Das Ziel der Demonstranten war das Gebäude der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), die danziger Zentrale der Gomulka-Clique. Den dort residierenden Provinzstatthaltern wurde sehr bald klar, daß die erregten Massen nicht nur ihren Unmut über die Preiserhöhungen zum Ausdruck brachten, Daß sie nicht nur gegen die arbeiterfeindliche Politik Gomulkas protestierten. Denn in den Losungen, die vor dem Parteigebäude gerufen wurden, hieß es immer wieder "Nieder mit der bürgerlichen Diktatur Gomulkas". Die danziger Arbeiter und anderen Werktätigen

Während die Gomulka-Clique unter dem Ansturm des Proletariats wankte und schließlich stürzte, richtete die Bourgeoisie in Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern ihre gesamte Propaganda auf die polnischen Ereignisse aus. Die brutalen Übergriffe der Gomulka-Polizei wurden uns als "Beweis für die Unmenschlichkeit des Kommunismus" verkauft. Und die Verbrechen des Imperialismus, wie die Unterdrückung des baskischen Volkes oder die kürzlich enthüllten faschistischen Foltermethoden der US-Aggressoren in Vietnam, verschwanden in den Spalten für Kurzmeldungen.

Wie entgegnen wir dieser antikommunistischen Kampagne der bürgerlichen Hetzorgane?

Wir müssen einmal die zynische Heuchelei entlarven, mit der sich beispielsweise die Bild-Zeitung auf die Seite der Danziger Arbeiter stellt. Das ist noch verhältnismäßig einfach.

Wir müssen aber auch den Klassencharakter der Gomulka- oder Cierek-Clique enthüllen. Das heißt, immer wenn uns ein Kollege die Bild-Zeitung mit antikommunistischen Greuelgeschichten unter die Nase hält, klar sagen: **die Regierung Polens hat ebensowenig etwas mit Kommunismus zu tun, wie Brandt/Scheel, sie ist vielmehr eine Vertretung der polnischen Bourgeoisie, die den Auftrag hat, das**

Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde aufgehoben, d.h. die "guten alten Zeiten" wurden wieder herbeigeführt, wo Millionen arme Bauern von Großbauern ausgebeutet werden. Eine weitere Folge der Machtübernahme durch die neue Bourgeoisie war der katastrophale Verfall der Landwirtschaft. Während in den sozialistischen Ländern – wie z.B. Albanien – sich dieser Produktionszweig besonders gut entwikkelte, mußte das frühere Agrarexportland Polen immer mehr Lebensmittel importieren. Die jüngsten Preiserhöhungen sind unter anderem auch eine Folge der Unfähigkeit der neuen Herren Polens, die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmittel wie Mehl, Brot, Fleisch, Milch usw. in genügendem Umfang zu garantieren.

Unordnung, Chaos – das sind nicht nur in der Landwirtschaft die deutlichen Erscheinungen der bürgerlichen Diktatur. Die nur an Profiten orientierte Volkswirtschaft Polens stößt auch immer größere Gruppen des Industrieproletariats ins Elend. Wo früher – während der Zeit des sozialistischen Aufbaus – jeder Werktätige das Recht auf Arbeit hatte, gibt es heute 300 000 Arbeitslose.

Diejenigen, die eine Beschäftigung finden, werden ausgebeutet, und zwar zunehmend von Privatkapitalisten. (Heute sind schon 200 000 Arbeiter gezwungen, ihre Arbeitskraft an Privatkapitali-

Im Innern wird Gierek die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse verschärfen – allerdings mit feineren Methoden. Wie sehr er mit den ausgeklügelten Techniken der Demagogie vertraut ist, bewies er sofort nach seiner Machtübernahme. Statt die rebellierenden Massen weiter durch Polizei und Armee direkt zu unterdrücken, biederte er sich bei ihnen an. Er erklärte den Aufruhr als teilweise berechtigt, baute seinen Vorgänger Gomulka zum Sündenbock auf und tat im übrigen so, als seien mit Herrn Gierek die Zeiten des Sozialismus wieder angebrochen.

Auf der anderen Seite aber beginnt mit Gierek eine Phase, in der die Bourgeoisie ihre Privilegien nicht mehr vor den Massen versteckt, sondern offen zur Schau stellt. Gierek selbst residierte schon vor seiner Machtübernahme in einer Villa und verfügte über einen "Fuhrpark", zu dem unter anderem ein Mercedes, ein Citroen, eine Tschaika und ein Sportflugzeug gehörten.

Die Lehren aus dem Aufstand der Hafenstädte

Der moderne Revisionismus wird immer mehr von schweren Krisen erschüttert. Das hat sich vor allem in drei hervorstechenden politischen Ereignissen gezeigt:

1964 in dem Sturz Chruschtschows
1968 in dem Überfall auf die CSSR
1970 in dem Sturz Gomulkas

Das Besondere an der letzten Krise ist, daß sie eine direkte Folge des revolutionären Handelns der Massen, der Revolte der Arbeiter war. Gerade diese letzte Krise entwickelte sich deutlich aus dem Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie im revisionistisch beherrschten Polen.

Was sind die besonderen Lehren aus der letzten großen Krise des modernen Revisionismus?

1. Die Flamme der Revolution ist im Herzen der Arbeiterklasse in den revisionistisch beherrschten Ländern nicht erloschen.

2. Keine Gewalt, keine Bestechung, keine Demagogie kann das Proletariat dieser Länder davon abhalten, für den Sozialismus zu kämpfen.

Im Gegensatz zu den Warschauer Studenten von 68 kämpften die Arbeiter der Hafenstädte nicht für "mehr Freiheit" innerhalb des Systems, sondern ihre klaren Parolen waren:

"Nieder mit der bürgerlichen Diktatur Gomulkas"
"Es lebe die Diktatur des Proletariats"

brachten klar zum Ausdruck, daß sie in den letzten Preiserhöhungen den konsequenten Ausdruck der durch und durch massenfeindlichen Maßnahmen eines bürgerlichen Regimes erkannt hatten. **Sie verdammten nicht den Mann Gomulka, sondern die Klasse, die er vertrat, die neue Bourgeoisie Polens. Zwischen den demonstrierenden Massen vor dem Parteigebäude und den verängstigten "Arbeitervertretern", denen das Danziger Proletariat drohend die geballte Faust entgegenhielt, gab es eine unüberbrückbare Kluft: die Kluft zwischen Ausgebeuteten und ihren Ausbeutern.**

Und wie jede herrschende Klasse, wenn ihr die Faust der Unterdrückten an der Kehle sitzt, reagierte die polnische Bourgeoisie. Sie setzte die volle Kraft ihrer konterrevolutionären Gewalt ein, ließ die versammelten Arbeiter zusammenschlagen und schließlich zusammenschießen. Trotzdem breitete sich der Aufstand aus, in allen Städten Nordpolens solidarisierten sich Arbeiter und andere Werktätige mit den Danzigern und begannen selbst mit dem Kampf gegen die neue Bourgeoisie und ihrer Unterdrückungswerkzeuge. Den Warschauer Machthabern blieb nichts anderes übrig, als den Norden unter Ausnahmerecht zu stellen, die Fahrpläne auszusetzen, Telefonverbindungen zu unterbrechen. Sie wußten, daß aus dem Funken des Aufruhrs sich der Steppenbrand der proletarischen Revolution entwickelt. Und unter dem Schutz einer totalen Nachrichtensperre gingen sie daran, den Funken mit ungeheurer Brutalität auszutreten. **Das Ergebnis waren eine große Anzahl ermordeter Arbeiter, hunderte von Schwerverletzten.**

Proletariat politisch zu unterdrücken.

Polen eine Kolonie des Sozialimperialismus

So wie die Sowjetunion hat auch das einst sozialistische Polen seine Farbe gewechselt, hat die neue Bourgeoisie die Macht an sich gerissen, ist das Proletariat von der herrschenden zur beherrschten Klasse geworden. Der Mann, der bei diesem Farbenwechsel an der Spitze der Konterrevolution stand, ist W. Gomulka.

Nach dem zweiten Weltkrieg, als das polnische Proletariat mit Hilfe der Roten Armee die Bourgeoisie entmachtet hatte und um den Aufbau einer sozialis tischen Gesellschaft kämpfte, tat sich Gomulka durch massive Sabotageakte hervor:

1947 gegen den Beitritt Polens zur Kominform
1948 gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft
1948 unterstützte er außerdem den Renegaten Tito

Der Staat der Arbeiterklasse hatte für diesen Saboteur die richtige Antwort: das Gefängnis.

1956 wurde er der ideale Statthalter der neuen Herren im Kreml. Sie verwandelten mit seiner Hilfe Polen in eine Kolonie der Sowjetunion und bauten die Macht der neuen Bourgeoisie Polens entscheidend aus.

sten zu verkaufen). Dabei bedient sich die polnische Bourgeoisie des gleichen Mittels wie ihre Klassenbrüder in den imperialistischen Ländern: Die Arbeiterklasse wird durch ein ausgeklügeltes Lohnsystem gespalten, daß auf der "Honorierung der individuellen Leistung" beruht, bei dem die Vielen immer weniger in der Tüte haben und einige Wenige mit individuellen Prämien usw. bestochen werden.

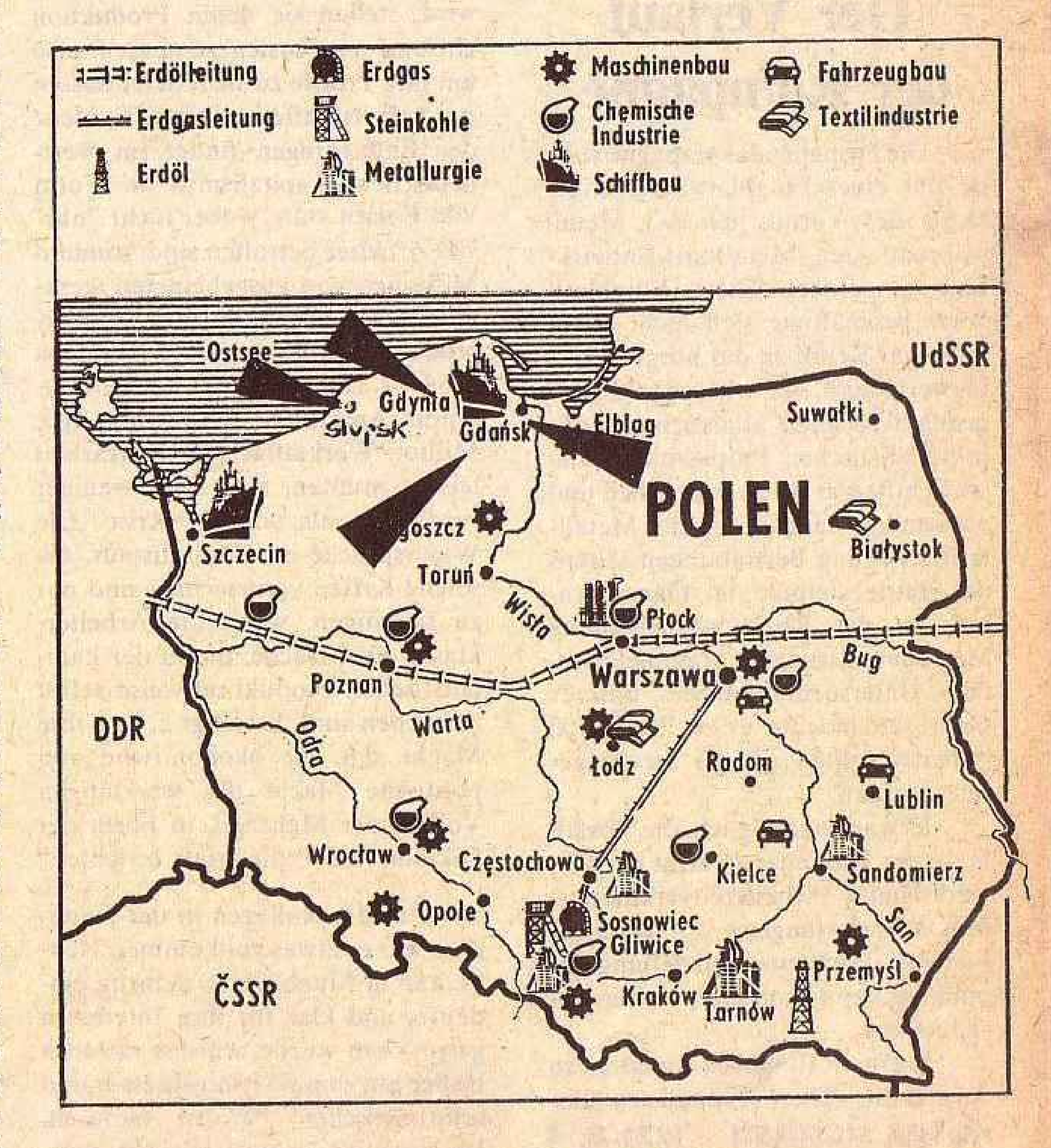
Zu diesen Wenigen gehörten übrigens auch die Danziger Werftarbeiter. Und gerade sie waren die ersten, die der neuen Bourgeoisie entschlossen entgegentraten. Unter dem Ansturm dieser Arbeiter, die sich nicht bestechen ließen, wankte das Regime der Bourgeoisie. **Gomulka mußte gehen. Das war zweifellos ein großer Erfolg der polnischen Arbeiterklasse. Aber die bürgerliche Diktatur besteht weiter und Gierek, der neue Mann, ist genauso ihr Vertreter wie es Gomulka war. In der bürgerlichen Presse Westdeutschlands wird er "Technokrat" genannt und die "osteuropäische" Fraktion der westdeutschen Bourgeoisie setzt vorsichtige Hoffnungen auf ihn. Und das mit Recht.**

Wie die albanische Zeitung Zeri Populit einschätzt, wird Gierek stärker noch als Gomulka den westlichen Monopolen bei ihrem Versuch entgegenkommen, in Polen Fuß zu fassen. Er wird das zwar vorsichtiger anstellen, als beispielsweise Dubcek. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß Polen nach wie vor unter der Kontrolle des Sozialimperialismus steht. Und jeder Versuch der polnischen Bourgeoisie, sich mit Hilfe der westlichen Monopole ein wenig aus dieser Abhängigkeit hinauszulavieren, wird unvermeidlich zu einem Konflikt mit den neuen Zaren führen.

Es lebe die Diktatur des Proletariats

3. Die Arbeiterklasse in den revisionistisch beherrschten Ländern hat sich ihre eigenen revolutionären Parteien geschaffen. In Polen ist die Kommunistische Partei Polens(KPP) die proletarische Avantgarde im Kampf gegen die neue Bourgeoisie. Die KPP hat – trotz der erschwerten Bedingungen der Illegalität – große Erfolge bei der Organisierung der Arbeiterklasse gehabt. Neben einem starken Jugendverband hat sie in der letzten Zeit vor allem den Aufbau von Komitees in allen Teilen des Landes betrieben.

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Erklärung unserer Bruderpartei, der KPP zur Revolte der Arbeiter in den polnischen Hafenstädten.



ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI POLENS

WARSCHAU den 16. Dezember 1970

Erklärung der Kommunistischen Partei Polens

Arbeitergenossen, werktätiges Volk Polens!

In Danzig floss Arbeiterblut. Es gab Tote und Verwundete. Die ganze Verantwortung für die Opfer in Danzig fällt auf die konterrevolutionäre Abenteurerbande, der Verräter am Kommunismus, auf die bürgerliche Clique Gomulkas.

Die bis zum äußersten aufgebrachten Arbeiter gingen auf die Straßen für die Verteidigung ihrer Rechte auf Leben, Arbeit und Brot, für sich selbst und für ihre Kinder. Als Antwort darauf ging die bürgerliche Diktatur Gomulkas mit Kugeln und Panzern gegen die Werftarbeiter vor.

An den Händen Gomulkas, Cyrankiewiz und der anderen Agenten der Bourgeoisie klebt das Blut des Proletariats. Dies wird die polnische Arbeiterklasse niemals vergessen.

Das Zentralkomitee der KOMMUNISTISCHEN PARTEI POLENS steht an der Seite der Werftarbeiter und des gesamten polnischen Proletariats im Kampf auf Leben und Tod, gegen die bürgerliche Diktatur Gomulkas und für die Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats.

Die direkte Ursache der Protestdemonstrationen der Werftarbeiter war die jüngste Erhöhung der Lebensmittelpreise. Der Haß des Proletariats gegen die Gomulka-Politik der Wiedereinrichtung des Kapitalismus gärt aber seit längerem schon im ganzen Lande. Der jüngste Anschlag auf den Lebensstandard der Massen machte das Maß voll und schüttete Öl auf das Feuer. Das revolutionäre Banner des Kampfes haben die Werftarbeiter erhoben. Es könnte aber genauso gut von den Metallarbeitern, den Grubenarbeitern, den Eisenbahnern oder den Textilarbeitern ergriffen werden.

Die von den Werftarbeitern bei ihren Protestdemonstrationen in Danzig ausgerufenen Losungen **"Nieder mit Gomulka", "Nieder mit der bürgerlichen Diktatur Gomulkas", "Es lebe die Diktatur des Proletariats"** sind Losungen der gesamten Arbeiterklasse, des gesamten werktätigen Volkes in Stadt und Land. Das revolutionäre Lied die INTERNATIONALE, welches die Werftarbeiter bei ihren Straßenkämpfen sangen, ist das Kampflied des gesamten Proletariats.

Die Herzen der Arbeiter in Warschau, in Schlesien, in Krakau, in Lodz und Stettin schlagen solidarisch und im Kampfesrhytmus mit den Herzen der Arbeiter von Danzig im Einklang. Die Stärke des Proletariats vervielfacht sich durch die Solidarität und Aktionseinheit gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten, die modernen Revisionisten.

Im Bemühen den revolutionären Kampf der Werftarbeiter im Keime zu ersticken verhängt die Gomulka-Clique über alle drei nordpolnischen Städte eine eiserne Nachrichtensperre. Sie bemühte sich den Aufstand des Proletariats der Küstengebiete zu isolieren, damit sich die revolutionäre Empörung der Massen nicht auf das gesamte Land verbreitet. Die Wahrheit über den revolutionären Kampf der Werftarbeiter aber wird in alle Teile des Landes gelangen.

Um die Bedeutung der Ereignisse in Danzig zu verringern behaupten die Gomulka-Revisionisten diese Ereignisse seien angeblich ein Werk abenteuerlicher Elemente und Rowdies. Und morgen werden diese Revisionisten die Arbeiter des ganzen Landes auffordern, Resolutionen anzunehmen in denen der revolutionäre Kampf der Werftarbeiter verurteilt werden soll. Doch weder die Lügen noch die Manöver der Gomulka-Clique werden irgend wen irre führen können.

Die Werftarbeiter zündeten die Fackel des revolutionären Kampfes in Polen an, um die Politik der **Wiedereinführung des Kapitalismus hinwegzufegen** und um sich auf den Weg des sozialistischen Aufbaus zu begeben, für den Sturz der bürgerlichen Gomulka Diktatur und für die Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats.

Die Kugeln und die Panzer in Danzig rissen einen Abgrund auf zwischen der Gomulka-Clique und der heldenhaften revolutionären Arbeiterklasse Polens. Dieser Abgrund wird zum Grab der bürgerlichen Diktatur Gomulkas werden.

Die revolutionäre Manifestation der Werftarbeiter ist ein Zeichensetzendes Ereignis. Dies ist nur der Anfang des schwierigen Weges, die erste Etappe des Kampfes um die Volksmacht unter Führung der Arbeiterklasse. Diese Manifestation ist schon heute von großer historischer Bedeutung, nicht nur für die polnische Arbeiterbewegung. Sie ist die erste revolutionäre Manifestation des Proletariats gegen die bürgerliche Diktatur in den Ländern, wo die modernen Revisionisten, diese ideologischen Agenten des Weltkapitalismus, am Ruder sind.

Die Werftarbeiter antworteten als entschlossene Revolutionäre auf die Preiserhöhungen und auf den Anschlag gegen den Lebensstandard der Massen. **Sie antworteten darauf mit dem revolutionären Kampf.** Sie gingen auf die Straßen und lieferten den Kräften der Konterrevolution Straßenkämpfe, um die bürgerliche Diktatur zu stürzen und die Diktatur des Proletariats wiederzuerrichten.

Dies ist der erste revolutionäre Schritt, der für den weiteren Kampf von großer Bedeutung sein wird. Zwischen den Ereignissen in Posen und den Ereignissen in Danzig besteht ein Unterschied. Die Posener Ereignisse führten zum konterrevolutionären Umsturz. Bei den Ereignissen im März 1968 kämpften die Studenten nur für die Erweiterung der Demokratie, für Korrekturen in der bürgerlichen Diktatur Gomulkas und für die Konsolidierung dieser Diktatur. Die Danziger Werftarbeiter aber haben den revolutionären Kampf aufgenommen, um die Diktatur Gomulkas zu stürzen. Im Jahre 1956 hat man Gomulka ein hundert Jahre langes Leben gewünscht. 1970 aber riefen die Arbeiter: "Nieder mit der Gomulka-Diktatur." Die Manifestationen der Werftarbeiter tragen ein proletarisches Gepräge. Sie stehen in Verbindung mit den glänzenden Traditionen der revolutionären Kämpfe des polnischen Proletariats, auf die alle progressiven Kräfte des Landes und der ganzen Welt stolz sein können.

Die Werftarbeiter zeigten, daß nur der Weg des revolutionären Kampfes zum Sieg führt!

Deshalb erklären sich heute mit den Werftarbeitern nicht nur die Arbeiter in anderen polnischen Städten, nicht nur die revolutionäre Intelligenz und die Studentenjugend sondern das gesamte polnische Proletariat und die werktätigen Massen von Stadt und Land solidarisch.

Arbeitergenossen, werktätiges Volk des ganzen Landes!

Eure revolutionäre Partei ist die KOMMUNISTISCHE PARTEI POLENS.

Werktätiges Volk von Stadt und Land, die Vorhut des revolutionären Kampfes ist die Arbeiterklasse.

Organisiert die revolutionären Einheitskomitees in jeder Fabrik, in jedem Betrieb, in jeder Institution für den Kampf zum Sturz der bürgerlichen Diktatur Gomulkas und für die Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats!

ES LEBE DIE HELDENHAFTE, UNBEZWINGBARE ARBEITERKLASSE POLENS!

RUHM DEN WERFTARBEITERN!

ES LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI POLENS!

Sieg im Volkskrieg – Klassenkampf im eigenen Land

Ende November veranstaltete die KPD/ML – Ortsgruppe Hannover – eine antirevisionistische und antiimperialistische Demonstration mit anschließender Kundgebung in der Stadtmitte. Diese Demonstration bildete den Höhepunkt einer breit angelegten betrieblichen Propaganda-Kampagne des hannoverschen Betriebskomitees.

Der Verlauf der Kampagne

Die Propagandakampagne wurde mit einer Flugblatt-Serie angesichts des Verrats der IG Metall während der Metalltarif-Entwicklung eingeleitet. Diese Flugblatt-Serie beschäftigte sich nicht allein mit einer Kritik an der bürgerlichen Gewerkschaft, sie wurde bald ausgedehnt zu einer allgemeinen antiimperialistischen Propaganda. Dieser Schritt war insofern möglich und notwendig, da parallel zur Metalltarifbewegung Bestrebungen seitens der Betriebsleitung im Gange waren, an der Rheinstahl-Hanomag Massenentlassungen vorzunehmen. Die Untersuchungsarbeit unserer Genossen brachte es zu Tage. 700 Arbeiter sollten auf die Straße gesetzt werden.

Es war nun möglich, die Vorfälle an der Hanomag (Verrat der Gewerkschaft, Arbeitszeitverkürzung, Massenentlassungen) zu verallgemeinern durch eine Darstellung des monopolkapitalistischen Krisenmechanismus.

In einem Flugblatt wurde es so dargestellt: "Die Kapitalisten tun alles nur um ihrer Profite willen. Wenn sie die Waren nicht oder bedingt verkaufen können, sinken entweder ihre Profite oder steigen nicht mehr in dem Maße wie vorher. Die Folge davon ist, daß sie die Waren (Schlepper, Traktoren), die sie nicht los werden auf großen Höfen lagern mit der innigsten Hoffnung, es möge sich bald ein Käufer finden. Da dies nicht ist und wahrscheinlich auch zukünftig nicht der Fall sein wird, stellen sie deren Produktion ein und um Kosten zu sparen, also um ihre Profite zu sichern, entlassen sie Arbeitskräfte ... Diese Tendenz der Entlassungen findet im westdeutschen Kapitalismus in Form von Krisen statt, wobei nicht "nur" 700 Arbeiter betroffen sind, sondern Millionen von ausgebeuteten werktätigen Menschen. Solch eine **Überproduktionskrise** hatten wir zuletzt 1966/67. Damals gab es hunderttausende Arbeitslose und über eine Million Werktätige, die Kurzarbeit leisten mußten, also noch weniger verdienten als vor der Krise. Die Widersprüche im Kapitalismus, die solche Krisen verursachen, sind nur zu beseitigen, wenn die Arbeiterklasse die Ursache, die in der kapitalistischen Produktionsweise selbst zu suchen sind, beseitigt ... und ihre Macht, d.h. die ökonomische und politische Macht des werktätigen Volkes, der Mehrheit, in Form der Diktatur des Proletariats errichtet."

Für die Kollegen in der Hanomag war es etwas vollkommen Neues, daß in Flugblättern derartig eindeutig und klar für ihre Interessen gesprochen wurde, wurden sie doch bisher nur von revisionistischen und reformistischen Parolen berieselt. Im Verlauf von zwei Wochen wurden unsere Genossen durch stetiges Flugblattverteilen, Untersuchungsarbeit verbunden mit Ermittlungsgesprächen, Agitationsarbeit im Betrieb etc. im Betrieb soweit bekannt, daß die Kollegen sich weitestgehend mit den Inhalten der Propaganda solidarisierten. Besonders heftig griffen sie immer wieder die verräterische Gewerkschaft an.

Diese Situation erlaubte es, die Propaganda weiter auszudehnen von der Krtitik am monopolkapitalistischen Krisenmechanismus zu einer Kritik am Imperialismus. Dieser Schritt wurde in einem Flugblatt folgendermaßen dargestellt: Der Fall Hanomag ist nur ein Vorzeichen der sich anbahnenden nächsten Krise. **Die nächste Krise kommt bestimmt!** Wie kommt es, daß selbst noch in der Krise (Beispiel 66/67) die Profite weiter stiegen? Dies ist einerseits durch die verstärkte Ausbeutung der Werktätigen in Westdeutschland bedingt und andererseits durch die **verstärkte** Ausdehnung des westdeutschen Kapitals in sogenannten Ländern der "Dritten Welt" (Entwicklungsländer). (Hierdurch versucht die westdeutsche Bourgeoisie den Absatz ihrer Wagen u.a. zu sichern, um dadurch einer Überproduktionskrise im eigenen Land entgegenzuwirken. Natürlich steht auch hier die Erhöhung der Profite im Mittelpunkt der westdeutschen Bourgeoisie, die auf der verstärkten Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen dieser Länder beruht. Dabei schreckt die westdeutsche Bourgeoisie nicht vor Bündnissen mit dortigen faschistischen Regierungen, also mit den Vertretern der herrschenden Klasse zurück. So stiegen die Anteile der BRD am Export aller kapitalistischer Staaten von 10 % im Jahre 1967 auf 11.4% im Jahre 1969. Der als sogenannte "Entwicklungshilfe" ausgegebene Kapitalexport der westdeutschen Bourgeoisie stieg von 142 Millionen Dollar im Jahre 1956 auf 490 Millionen Dollar im Jahre 1966, also um weit mehr als das dreifache). Der Westdeutsche Monopolkapitalismus ist also zugleich ein westdeutscher Imperialismus, der andere Länder versucht von sich in Abhängigkeit zu bringen und deren Völker zu unterdrücken und gemeinsam mit dem US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialisten auszubeuten.

Der Kampf, der nach Unabhängigkeit von imperialistischen Staaten strebenden Völker stellt sich also als ein Verbündeter im Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse dar. Das vietnamesische, kambodschanische und laotische Volk, das gegen die US-Aggressoren kämpft, das brasilianische Volk, das gegen eine von US- und BRD-Regierung unterstützte faschistische Diktatur kämpft und viele andere kämpfende Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika sind Verbündete im Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse gegen den westdeutschen Imperialismus.

Diese Darstellung des Zusammenhangs von kapitalistischem Lohnraub, Gewerkschaftsverrat, Massenentlassung, Krisenmechanismus und imperialistischer Ausbeutung bedurfte eines Höhepunktes, der realisiert wurde in einer breit angelegten Massendemonstration unter der Parole: "Sieg im Volkskrieg – Klassenkampf im eigenen Land!" mit anschließender Kundgebung in der Stadtmitte.

Ca. 400 – 500 Genossen, Sympathisanten und Freunde versammelten sich nach eingehender Vorbereitung des Betriebskomitees im hannoverschen Arbeiterviertel Linden und formierten sich zu einem geschlossenen Demonstrationsblock mit roten KPD/ML-Fahnen, Bildern von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung und Transparenten, die die Parolen trugen: Sieg im Volkskrieg – Klassenkampf im eigenen Land!

Kampf dem US-Imperialismus
Kampf dem Sozialimperialismus der UdSSR
Es lebe die antiimperialistische und antirevisionistische Front.

Der Demonstrationszug marschierte diszipliniert unter Sprechchören durch das Arbeiterviertel und schließlich durch die Innenstadt. Am Opernplatz endete er. Dort begann die Kundgebung mit einer Rede eines Genossen des Betriebskomitees, die noch einmal die ökonomischen und politischen Hintergründe der bevorstehenden Krise behandelte.

Die Kundgebung wurde abgeschlossen mit einer abschließenden antiimperialistischen, antirevisionistischen Rede eines Genossen der KPD/ML.

Dem Betriebskomitee gelang es mit dieser Kampagne eine grosse Anzahl von Sympathisanten aus dem jungproletarischen Bereich für den Kommunismus zu gewinnen und andererseits für die Betriebsarbeit wichtige Kontakte mit klassenbewußten Arbeitern der Hanomag zu schließen.

Hamburg

Protestdemonstration gegen Hussein-Besuch

Trotz strömenden Regens versammelten sich am 17. Dezember auf dem Hamburger Heiligengeistfeld mehrere Hundert Antiimperialisten zu einer Protestkundgebung gegen den Besuch der US-Marionette Hussein. Zu der Kundgebung hatten die KPD/ML und ihre Massenorganisationen, die Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA) und die Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) in mehreren Flugblättern, auf Plakaten und Klebezetteln aufgerufen.

Ein Sprecher der Partei erklärte die Solidarität der KPD/ML mit den bewaffneten Kräften des palästinensischen Widerstandes. Er wies unter anderem darauf hin, daß die westdeutsche Bourgeoisie nicht nur die Arbeiterklasse der BRD, sondern auch das palästinensische Volk und andere arabische Völker ausbeutet und unterdrückt. Die westdeutschen Monopole stehen im Nahen Osten aber nicht nur mit dem US-Imperialismus, dem Zionismus und der arabischen Reaktion in einer Linie. Auch der Sozialimperialismus hat sich in diese konterrevolutionäre Front eingereiht und versucht, seinen Anteil an der Beute zu ergattern. Dieser Allianz der Unterdrücker – so betonte der Sprecher der Partei – stehe die Einheit der kämpfenden Völker und ihrer revolutionären Organisationen entgegen, die schließlich den Sieg erringen werden.

Auch der Sprecher der palästinensischen Revolutionäre wertete die Kundgebung als Ausdruck der kämpferischen Solidarität. Auf die gehend verwirklichte Einheit des Kampfes, habe es den Fedayin ermöglicht, den konterrevolutionären Schlag des Hussein-Militärs im September abzuwehren.

Nach der Kundgebung formierte sich ein geschlossener Demonstrationszug durch das Hamburger Arbeiterviertel Altona. Hinter einem mit Parolen, Fahnen und Bildern geschmückten Lautsprecherwagen führten zwei Genossen, die die palästinensische Flagge und die Fahne der KPD/ML trugen, den Zug an. Neben den Bildern der Führer der internationalen Arbeiterbewegung und zahlreicher roten Fahnen führten die Demonstranten Spruchbänder mit deutschen und arabischen Parolen mit:

"Für den Sieg im Volkskrieg; Klassenkampf im eigenen Land"
"Nieder mit dem faschistischen Regime in Israel"
"Für ein freies Palästina – unabhängig wie Volkschina"
"Al Fatah: Revolution bis zum Sieg"

Nach einer kurzen Schlußansprache sangen palästinensische und deutsche Genossen gemeinsam das Kampflied des Weltproletariats: die "Internationale".

Die Anti-Hussein-Demonstration war ein Ergebnis der vor zwei Monaten begonnenen intensiven Zusammenarbeit zwischen der KPD/ML und ihren Massenorganisationen einerseits und der GUPA und GUPS andererseits. Auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus unterstützen wir die



Bochum

Alle Macht in Arbeiterhand!

Aus Anlass des Burgos-Prozesses beschloß der LV – NRW der KPD/ML zu einer Solidaritätsdemonstration am 19. 12. 1970 in Bochum aufzurufen. Der Aufruf, der von den Massenorganisationen, Rote Betriebsgruppen, Rote Garde und Kommunistischer Studentenbund/Marxisten Leninisten mitunterzeichnet war, wurde in deutscher und spanischer Sprache vor den Betrieben und Berufsschulen in NRW

In der Kundgebungsrede wurde die Entwicklung in Spanien seit dem Beginn der Machtübernahme durch Franco 1939 aufgezeigt. Dabei wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die faschistische Machtübernahme in Spanien nur durch die Hilfe von Mussolini und Hitler möglich war, deren Nachfolge nach Beendigung des zweiten Weltkrieges der US-Imperialismus antrat. Weiterhin wurde anhand mehrerer Beispiele auf die wachsende Bedeutung des westdeutschen Imperialismus in Spanien und die Unterstützung des Franco-Regimes durch die Brandt-Scheel-Regierung eingegangen.

Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß die westdeutsche Monopolbourgeosie sowohl den Faschismus in Spanien, wie auch die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie in Polen unterstützt.

Die Demonstration fand deshalb unter der Hauptparole statt: **Nieder mit Franco, Gomulka und Brandt, alle Macht in Arbeiterhand!**

Es zeigte sich, daß sowohl die Demonstration als auch die Kundgebung auf die Sympathie und das Interesse der Bevölkerung stießen, eine Tatsache der sich die bürgerliche Presse nicht verschliessen

Entwicklung der palästinensischen Befreiungsbewegung eingehend, hob er die Notwendigkeit der Einheit der revolutionären Kräfte hervor. Nur diese gegen alle imperialistischen Spaltungsversuche weit-

Vereinigungen der Palästinenser in Westdeutschland vor allem bei ihrer Propaganda. Den organisatorischen Rahmen dieser Zusammenarbeit bildet ein kürzlich gegründetes Palästina-Komitee.

verteilt.

Die Demonstrationsroute führte durch die Bochumer Innenstadt, wo zum Abschluß eine Kundgebung stattfand.

Die Partei sah sich durch die einige Tage vor der Demonstration in Polen erfolgten revolutionären Unruhen veranlaßt, in der Rede wie auch in den Parolen kurz auf die Situation in Polen einzugehen.

konnte, mit Ausnahme der SPD-Zeitung, die in einem Achtzeilen-Bericht in der Lokalseite nicht begreifen wollte, daß die Demonstranten gleichzeitig gegen Franco, Gomulka und Brandt auftraten.

Freiburg

Nieder mit Franco!

Während der letzten beiden Dezember-Wochen veranstaltete die OG Freiburg der KPD/ML ihre ersten Demonstrationen. Gegen den Terror Francos demonstrierten am 15. und am 29. 12. jeweils ca. 100 - 150 Genossen und Sympathisanten der KPD/ML.

Beide Demonstrationen bedeuten für uns einen großen Schritt vorwärts. Die Reaktion der Arbeiter und anderer Werktätiger mag einigen Genossen recht schwach erscheinen, war aber für Freiburg, das nur wenig Industrie hat, und dessen Arbeiterbewegung im Gegensatz zum äußersten Südwesten immer nur schwach war, ein Erfolg.

Die Arbeiter, durch deren Wohnviertel Haslach wir marschierten, reagierten zum größten Teil neugierig interessiert. Mehrere Kollegen schlossen sich der Demonstration an und nahmen an der Schlußkundgebung teil. Kontakte konnten geknüpft werden.

Bei der Einschätzung der tatsächlichen Verankerung der KPD/ML in den Massen durch diese beiden Demonstrationen darf man die Auswirkungen der Krise in den großen Freiburger Betrieben nicht vergessen, die bis heute etwa 2000 Arbeiter auf die Straße geworfen hat. Die ständige Agitation der OG zur Krise, zum Internationalismus usw. schlugen sich in der Bereitschaft der Bevölkerung zur Diskussion in den Zurufen und vereinzelten Aktivitäten nieder.

Charakteristisch für die Verunsicherung der Bourgeoisie war die Reaktion der "Badischen Zeitung". Sie versuchte die Freiburger Bevölkerung zu verwirren, indem sie schrieb, daß die **DKP** unter den Bildern von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung durch Haslach marschiert sei. Nach der zweiten Demonstration konnte sie sich nur noch auf das verlassen, was die bürgerliche Ideologie in den letzten zwanzig Jahren dem Volk eingehämmert hat: sie zitierte vereinzelte ablehnende Zurufe, die aus der Bevölkerung gekommen sind. Dieses Manöver war derart durchsichtig, daß es uns nur unterstützen konnte.

Eine andere Seite des Erfolgs ist die Stärkung der Genossen und Sympathisanten der OG Freiburg.

Kleinbürgerliches Verhalten – Angst und unwissenschaftliches Verhalten – hatte verhindert, daß die OG in der ersten Spaniendemonstration von vornherein die Führung übernahm.

Während der vorbereitung für die Demonstration, die vor allem von einer studentischen Gruppe, dem "Aktionskomitee zur Unterstützung der palästinensischen Revolution" ausging, kam es zum Kampf zweier Linien, aus dem die OG geeinter und gestärkt, im Vertrauen auf die eigene Kraft hervorging. Die Vertreter des "Aktionskomitees", des KJVD und des BKA vertraten, aus einem falschen Verständnis für die Aufgaben einer kommunistischen Organisation den Standpunkt: Wir haben die Aufgabe, das Bewußtsein der fortschrittlichen Intellektuellen Schritt für Schritt zu entwickeln. Deshalb müssen wir jede Aktivität, die von ihnen entfaltet wird (in diesem Fall Beteiligung an der antifaschistischen, antiimperialistischen Demonstration) unterstützen und weiterentwickeln. Die Forderung der OG der KPD/ML durch die Arbeiterviertel zu marschieren, wurde von den Gruppen nicht angenommen, da sie nicht alle dieser fortschrittlichen Studenten dazu bringen könnten, durch das von der Uni entfernte Haslach zu marschieren.

Am 15. 12. fanden dann zwei Demonstrationen statt – die eine durch die Innenstadt, die der KPD/ML durch die Arbeiterwohnviertel. Die Schlußkundgebung wurde gemeinsam veranstaltet.

Die Diskussion innerhalb der OG kristallisierte den hauptsächlichen Fehler bei der ersten Demonstration heraus:

- Mangelnde Vorbereitung, die in diesem Fall zu Nachtrabpolitik gegenüber den anderen Gruppen führte.
- Teilweise noch mangelndes Vertrauen in die eigene Kraft, in die Massen und in die Führung.

Daraus haben wir gelernt, daß wir das Vertrauen der Massen, aller Werktätigen und der fortschrittlichen Intelligenz, nur gewinnen können, wenn wir als OG der KPD/ML, wenn jeder einzelne Genosse fähig ist, jede Situation vom Standpunkt des Proletariats aus zu analysieren und als Marxisten-Leninisten zu reagieren. Unsere Aufgabe wird es in Zukunft sein, bei entsprechenden Anlässen mit den antifaschistischen, antiimperialistischen und antirevisionistischen Kräften in Feiburg Aktionsbündnisse einzugehen und sie durch unsere konsequente aktive Haltung zu erziehen.

Ein erster Schritt dazu wurde in der zweiten Demonstration, einen Tag nach der Verkündigung der Todesurteile in Burgos, gemacht. Die OG bereitete die Demonstration vor und marschierte, trotz Weihnachten, in der gleichen Stärke wie bei der ersten Demonstration, gemeinsam mit dem BKA (Bund Kommunistischer Arbeiter) und fortschrittlichen Studenten durch die Arbeiterwohngebiete. Ausschlaggebend bei dieser Demonstration war einerseits die Pflicht aller Marxisten-Leninisten, das Proletariat Schritt für Schritt zu politischem Klassenbewußtsein zu erziehen und andererseits die Empörung der Massen über den Terror des Faschismus, die Erinnerung an die Nazis und der neuaufkommende Faschismus in der BRD die sich in heftigen Diskussionen in den Betrieben und unter der ganzen Bevölkerung bemerkbar machte.

Beides erforderte die sofortige Aktion aller Antifaschisten, Antiimperialisten und Antirevisionisten unter der Führung der KPD/ML.

Wir verteilten den ganzen Tag über 12000 Flugblätter an allen zentralen Punkten der Stadt, riefen die Arbeiter, Angestellten, die Bürger Freiburgs und alle Gegner des Franco-Regimes zur Demonstration auf unter den Parolen:

LEBEN UND FEIHEIT FÜR DIE VERURTEILTEN VON BURGOS!
NIEDER MIT FRANCO UND SEINEN HENKERSKNECHTEN!
NIEDER MIT FRANCO – ES LEBE DAS SPANISCHE VOLK!
NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS!
NIEDER MIT DEM SOZIAL-IMPERIALISMUS!
ARBEITER DEUTSCHLANDS – ARBEITER SPANIENS SCHLIESST EURE REIHEN!
IN USA, IN SPANIEN, IN DEUTSCHLAND, ÜBERALL FREIHEIT FÜR DIE ARBEITER UND TOD DEM KAPITAL!
NIEDER MIT DEM FASCHISMUS!
ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

Der Prozeß von Burgos – Ein hervorragendes Tribunal gegen das faschistische Franco-Regime und seine imperialistischen Hintermänner



31 Jahre nach der Eroberung Madrids durch die Faschisten und der Errichtung des Franco-Regimes, zeigt sich das spanische Volk bereit, gegen das faschistische Joch vorzugehen, das nur aufgrund der eifrigen Unterstützung von Seiten der imperialistischen Länder sich so lange am Leben erhalten konnte. Ob in Katalonien, Andalusien, Valencia oder im Norden des Landes, überall bilden sich neue Widerstandszentren, bereit dem Franco-Faschismus den Kampf anzusagen. Im vergangenen Dezember nun hat die Welle des Widerstands einen erneuten Höhepunkt erreicht. Angeklagt waren 16 junge Basken der Organisation ETA – Enzkadi ta askatatuna (das Baskenland und seine Freiheit) – Arbeiter, Angestellte, Studenten und ein Geistlicher. Sechs davon sollten von der faschistischen Bande auf dem Schafott umgebracht werden; zehn Patrioten drohte jahrzehntelange Kerkerhaft.

Ganz Spanien ist über diesen neuen Akt der Barbarei empört. Im ganzen Land wurden Demonstrationen und Versammlungen abgehalten, auf denen die Freilassung der

trioten machten diesen Prozeß zu einer hervorragenden Bühne der Anklage gegen den spanischen Faschismus und gegen den Imperialismus. Sie prangerten die sozialen Verhältnisse ihres Landes an, die Unterdrückungs- und Terrormethoden der politischen Polizei und anderer Exekutivorgane, sie schilderten ihre Motive, die sie zur Befreiungsbewegung brachten und betonten die enge Verbundenheit des Befreiungskampfes der Basken mit dem Kampf der spanischen Arbeiterklasse und der übrigen unterdrückten Schichten und Klassen des Volkes gegen Faschismus und Imperialismus.

So schilderte Eduardo Uriarte einen seiner Vernehmungstage: "Sie schlugen mich mit Knüppeln und Ruten. Während der 3 Stunden hörte ich die markerschütternden Schreie von Onaindia, den sie im Nebenzimmer folterten". Der 35-jährige Geistliche Juan Calzada, der bereits von einem Kriegsgericht zu 10 Jahren Kerker verurteilt wurde, erklärte, daß es seine Pflicht sei, die Armen und Unterdrückten in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen, statt das Volk in Unwissenheit zu halten und es am Kampf um seine Rechte zu hindern. Der Agraringenieur José Antanio Carrera sagte aus, daß er deshalb die ETA unterstütze, weil in Biskaya

mit ein und sangen danach das Lied "Ensko Guderi" (Ich bin ein baskischer Soldat, bereit, für das baskische Volk mein Blut zu geben). Von den Landsleuten, die diesen Prozeß verfolgten, stimmten viele mit ein, während die Faschisten versuchten, mit brutaler Gewalt den Saal zu räumen. Auf dem Hof bedrohten sie die den Prozeß verfolgenden Basken mit Maschinenpistolen und verhafteten mehrere Personen, die in den Gesang der baskischen Patrioten mit eingestimmt hatten.

Inzwischen bereiten sich die faschistischen Machthaber auf weitere Reaktionen gegen ihre Terrororgane vor.

Am 10.12. wurden weitere faschistische Söldner nach Burgos entsandt; die gesamte faschistische Presse Spaniens entfaltete in noch stärkerem Maße ihre üble antikommunistische Hetze und rief zum Kampf gegen die "roten Horden" auf. Der Militärgouverneur von Barcelona erklärte in einer Rede, daß die Armee immer zur Verteidigung des Vaterlandes vor den "roten Horden" bereitstehe und notfalls nicht zögern werde, "einen neuen Kreuzzug, wie den des Bürgerkriegs zu führen". Eine katholische Tageszeitung forderte alle Spanier auf, sich auf die Seite der Autorität zu stellen und den "Ruf der Gerechtigkeit", ungeachtet welcher Pressionen auch im-

die Hinrichtung von Francisco Javier Izco und seiner Genossen verlangten, angebracht. Doch das spanische Volk läßt sich durch derartige Hetz- und Terrorkampagnen nicht unterdrücken. Selbst der in dieser Woche verhängte Ausnahmezustand über ganz Spanien konnte die Welle des Protestes gegen das faschistische Franco-Regime und den Prozeß in Burgos nicht eindämmen. Immer breitere Schichten der Bevölkerung äußern offen ihre Unzufriedenheit an dem faschistischen System Spaniens.

So mußte die faschistische "Guardia Civil" 300 Intellektuelle belagern, die sich in dem Benediktinerkloster Montserrat zusammengefunden hatten, um gegen den Prozeß von Burgos zu protestieren. Sie forderten die Freiheit und Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Auch das übrige Europa erlebte machtvolle Demonstrationen gegen den Franco-Faschismus. In London veranstalteten Auslandsspanier einen großen Protestmarsch, bei dem es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei kam; in Amsterdam veranstalteten Demonstranten einen Schweigemarsch; in Hannover besetzten spanische Arbeiter für einige Zeit das Gebäude der spanischen Botschaft; in Mailand beteiligten sich ca. 5.000 Demonstranten an

provozierte und ein Demonstrant ermordet wurde. In Rom fielen in einer Sitzung des Stadtrates eine Gruppe Neofaschisten über demokratische Abgeordnete her, die sich mit den baskischen Patrioten solidarisch erklärt hatten. In Bern beteiligten sich zahlreiche fortschrittliche Kräfte an einem Protestmarsch gegen den Franco-Faschismus und seine Terrorjustiz, gegen den die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas vorging. Auch in Frankreich wurden in der vergangenen Woche zahlreiche Demonstrationen und Protestkundgebungen abgehalten.

Überall hatten die Machtorgane der imperialistischen und reaktionären Regierungen alle Hände voll zu tun, um die Auslandsvertretungen des Franco-Regimes in den Städten der kapitalistischen Länder Europas vor der Entrüstung der fortschrittlichen Kräfte zu schützen.

Franco sah sich schließlich gezwungen, die sechs baskischen Revolutionäre zu "begnadigen". In einer aus dem Gefängnis herausgeschmuggelten Erklärung stellen die sechs Genossen fest, daß diese Entscheidung des faschistischen Greises nur zu verstehen ist als Reaktion auf den massiven Widerstand gegen den Prozeß von Burgos. Es heißt in dieser Erklärung: **"Das baskische Volk und die Solidarität der übrigen Völker haben verhindert, daß man uns tötet. Persönlich dürfen wir uns beim Volk bedanken. Aber vergessen wir nicht, daß nicht nur die anderen (neun Verurteilten des Militärgerichtsprozesses), sondern viele baskische Patrioten weiter in Francos Kerkern sitzen. Der Kampf des baskischen Volkes geht weiter. Wir fordern die Solidarität der übrigen Völ-**

16 baskischen Patrioten und Amnestie für die politisch Inhaftierten Spaniens gefordert wurden. In San Sebastian und Umgebung kam es zu großen Demonstrationen, bei denen die Söldner Francos rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch machten. Dabei wurden mehrere Demonstranten verletzt – der 21jährige José-Perez Janregui erlag seinen Verletzungen. In den Fabriken des Baskenlandes haben im Dezember 100.000 Arbeiter aus Protest gegen das Franco-Regime ihre Arbeit niedergelegt. In vielen Orten wurden die Arbeiterstreiks durch die Einzelhändler unterstützt, die ihre Läden geschlossen hielten. Darüberhinaus in vielen Städten Spaniens das gleiche Bild: Arbeiterstreiks, Vorlesungsstreiks der Studenten an den Universitäten, Proteste und Demonstrationen in den Straßen gegen Franco und seine Schergen sowie seine Hintermänner, die USA-Imperialisten.

In der Nacht zum 2. Dezember wurde der westdeutsche Honorarkonsul Beihl entführt, ein Alt-Nazi, der 1939, im Jahr des Sieges der Franco-Truppen, eine Import- und Exportfirma in Spanien gründete. Die Entführung gerade solcher Mittelsmänner zwischen einheimischer Bourgeoisie und einem imperialistischen Land ist ein durchaus richtiges Kampfmittel der Befreiungsbewegungen. Die vorzeitige Entlassung Beihls war eine geschickte taktische Maßnahme: sie setzte das Franco-Regime unter einen starken moralischen Druck.

Auf der Anklagebank in Burgos saßen nicht die 16 baskischen Patrioten, um ihr ohnehin bereits im Wortlaut vorliegendes Urteil zu vernehmen, auf der Anklagebank saßen der spanische Faschismus insbesondere und der Imperialismus im allgemeinen. Die baskischen Pa-

das Sozialprodukt zum größten Teil der bürgerlichen Oligarchie zufließt, während das Landproletariat keinen Nutzen von den Früchten seiner Arbeit habe.

Die Anklage der "Angeklagten" brachte die uniformierten Franco-Schergen in dem Gerichtssaal der Kaserne von Burgos in eine peinliche Lage. Sie wußten sich keinen anderen Ausweg, als den 16 baskischen Patrioten das Wort abzuschneiden, die Öffentlichkeit auszuschließen und den ausländischen Publikationsorganen die Informationsmöglichkeiten zu erschweren. Ebenso wurde die Verteidigung unter Druck gesetzt. Die Familie des Verteidigers von Francisco Javier Izco zum Beispiel wird mit Mord bedroht; das zeigt die Klemme, in der sich die eigentlichen Angeklagten befinden. Den faschistischen Schergen liegt deshalb auch daran, den Prozeß so schnell wie möglich zu beenden.

Am 9.12.70, plädierten die Franco-Schergen schließlich wie vorgesehen für die Todesstrafe der Patrioten Francisco Javier Izco, Eduardo Uriarte, Francisco Javier Larena, José Maria Dorronso, Joaquim Gorostidi und Mario Onanidia; für die übrigen Patrioten wurde auf Kerker bis zu 80 Jahren plädiert.

Während der Vernehmung des letzten "Angeklagten" an diesem Tage, kam es zu großartigen Demonstrationen der baskischen Patrioten im Gerichtssaal. Der Vorsitzende des Schergengerichts wollte Mario Onanidia wieder einmal das Wort abschneiden, wogegen dieser aus Protest auf die Tribüne sprang und mit erhobener Paust seinen im Gerichtssaal anwesenden Landsleuten zurief: "Es lebe das baskische Volk und seine Freiheit." Die übrigen Parioten stimmten in diesen Ruf

mer, zu schützen. In Madrid hatten Faschisten Maueraufschriften, die

einem Protestmarsch, bei dem die Polizei schwere Zusammenstöße

ker bis zum schließlichen Triumph. Revolution oder Tod."

Die PCE/ML im antifaschistischen Kampf

Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML) hat im vergangenen Jahr einen grossen Aufschwung genommen.

Bis in die sechziger Jahre führten die marxistisch-leninistischen Kräfte einen heftigen ideologischen Kampf innerhalb der KP Spaniens (PCE) gegen deren revisionistische Entwertung. 1964 brachen diese Genossen offen mit den Renegaten der PCE und gründeten wenig später die PCE/ML.

Die Partei stellte sich im Sommer 1970 zum ersten Mal an die Spitze des antifaschistischen Kampfes der spanischen Volksmassen. Sie bewährte sich als treibende und lenkende Kraft, entlarvte ständig den Verrat der Revisionisten und konnte ihre eigenen Reihen zunehmend stärken und festigen.

Im September 1970 stattete der Imperialisten-Häuptling Nixon seinem ergebenen Freund Franco einen "Freundschafts- und Arbeitsbesuch" ab. Das spanische Volk unter der Führung der PCE/ML stand bereit, Nixon auf seine Weise zu empfangen. Die Partei organisierte in Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen und antiimperialistischen Organisationen illegale Massendemonstrationen und revolutionäre Kundgebungen in den Städten Valencia, Murcia, Barcelona, Madrid, Bilbao und San Sebastian.

Unter den Parolen "Amis raus aus Spanien" und "Nixon-Franco: Mörder" wurden der US-Imperialismus, der Hauptfeind aller Völker und seine faschistischen Lakaien entlarvt.

In Madrid betrieben 24 revolutionäre Kommandos der Partei pausenlos eine breite Agitation unter den Massen. Einer Demonstration in einem madrider Arbeitviertel unter den Losungen "Amis raus aus Spanien", "Nieder mit dem Faschismus, es lebe die Volksdemokratie" und mit der Fahne der Partei an der Spitze schlossen sich 1500 Arbeiter und andere Werktätige an.

In anderen Städten Spaniens wurden ebenfalls Demonstrationen organisiert; in Barcelona wurden darüber hinaus Agenturen des US-Imperialismus mit Molotow-Cocktails angegriffen.

Die Tage des Kampfes brachten der Partei große Erfolge und halfen ihr, sich weiter in den Massen zu verankern. Die PCE/ML erwies sich als der Motor im Kampf um das ROTE SPANIEN.

Auch in dem breiten Protest der Volksmassen gegen die Burgos-Prozesse stand unsere Bruderpartei an der Spitze des Kampfes. Sie hat nur darum ein solch großes Vertrauen in der Arbeiterklasse und den anderen unterdrückten Schichten gewonnen, weil sie sich unmißverständlich zum einzigen Weg bekennt, der zur Befreiung führt, dem Weg des revolutionären Kampfes um den Sozialismus.

Franco und die Revisionisten

Wie die faschistische Presse Spaniens meldet, steht die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen dem Franco-Regime einerseits und den revisionistischen Cliquen in Rumänien und Polen andererseits unmittelbar bevor. Wie es heißt, hat sich in den revisionistisch beherrschten Ländern ein "realistisches Denken" in bezug auf die faschistische Diktatur durchgesetzt.

Die spanischen Arbeiter, die trotz des verschärften Terrors der Faschisten im Kampf ausharren, konnten kürzlich schon eine Kostprobe dieses "realistischen Denkens" der Revisionisten erleben. Als die asturischen Bergarbeiter streikten, sprang Polen eilfertig in die Lücke und lieferte Franco die notwendigen Kohlen.



Völker der ganzen Welt, vereinigt Euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien!

Am 20. Mai 1970 erschien der große Aufruf Mao Tsetungs: "Völker der ganzen Welt, vereinigt Euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien". Dieser Aufruf erschien anläßlich des Volkskrieges in Kambodscha, seine historische Tragweite jedoch umfaßt die gesamte Periode des heutigen Imperialismus. Die internationale kommunistische Arbeiterbewegung umfaßt im wesentlichen 3 Etappen, deren Verallgemeinerungen sich darstellen im Marxismus, im Leninismus und in den Maotsetungideen.

Im vorigen Jahrhundert, in der Etappe des Konkurrenzkapitalismus richtete Marx seinen Appell an das Weltproletariat: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Lenin analysierte auf der Grundlage des Marxismus die qualitativ neue Situation des Kapitalismus und schuf auf dem Boden dieser Imperialismus-Analyse seine Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes, der bolschewistischen Partei neuen Typus und der Diktatur des Proletariats. Er erweiterte den Appell von Marx: "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der



Die nach dem 2. Weltkrieg wieder konkurrenzfähig gewordenen imperialistischen Mächte Westeuropas und Japan sind in der Lage, den Anteil der amerikanischen Wirtschaft am Weltmarkt stark zu drükken.

x die Außenhandelsbilanz der USA wies 1969 zum ersten Mal seit 20 Jahren Defizite auf. Die Schulden gegenüber dem Ausland belaufen sich auf ca. 47 Milliarden Dollar, gedeckt werden sie durch den kümmerlichen Goldvorrat von ca. 11

steigende Preise und defizitäre Zahlungsbilanz (1970 bestand das Defizit aus 7 Milliarden Dollar, gegenwärtig ist es auf 15 Milliarden Dollar angewachsen), dies alles sind deutliche Erscheinungsformen des ökonomischen Niedergangs des US-Imperialismus.

Die zwei Möglichkeiten zur Lösung dieser Widersprüche, die die amerikanische Monopolbourgeoisie bislang immer angewandt hatte, ziehen jetzt jedoch nicht mehr.

Will sie wie bislang der Inflation durch Geldverknappung und Drosselung der Staatsausgaben begegnen, so bedeutet dies für sie, daß sie einen verstärkten Rückgang der Produktion und weitere Entlassungen in Kauf nehmen muß. Will sie wie bislang die "Fahrt in die Talsohle" bremsen durch billige Kredite und niedrige Steuern, dann muß sie die bittere Pille der beschleunigten Preiserhöhungen und wachsender disproportionierter Zahlungsbilanz schlucken.

Die US-Ökonomen wissen sich angesichts dieser Misere keinen Rat mehr, die einzigen Abwehrmittel, die sie einzusetzen in der Lage sind, richten sich gegen ihre imperialistischen Nachbarn, besonders gegen Westdeutschland und Japan. Sie wollen sich fortan vor billigen Importen schützen und legten einige Gesetzentwürfe bezüglich eines Handelsschutzabkommens vor.

Faschistische "Ordnung"

Die politischen Vertreter der amerikanischen Monopolbourgeoisie reagierten angesichts dieser de-

pellos Truppen nach Kambodscha entsandt und ihre Bombardements im Norden Vietnams wiederaufge-

ganzen Welt, vereinigt Euch!"

Dieser Appell Lenins bezieht sich in der allgemeinsten Form auf die Etappe des gesamten Imperialismus. Mao Tsetung gelang es mit seiner Analyse der gegenwärtigen Etappe, diesen Appell Lenins zu konkretisieren. Die KPCh unter Führung von Mao Tsetung stellte fest, daß im Weltmaßstab der Widerspruch zwischen den unterjochten Völkern einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits, gegenwärtig der Hauptwiderspruch ist.

Auf der Grundlage dieser Analyse und ihrer Ergebnisse formulierte Mao Tsetung seinen Appell an die Völker der Welt: "Völker der ganzen Welt, vereinigt Euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien!"

"Gegenwärtig nimmt im Weltmaßstab der Kampf gegen den US-Imperialismus einen neuen Aufschwung" (Mao Tsetung)

Alle unterdrückten Völker führen schon lange einen harten und schonungslosen Kampf gegen den US-Imperialismus. Das Ereignis, welches diesem Kampf einen neuen Aufschwung gab, war gewiß die Aggression, die die USA-Imperialisten gegen das kambodschanische Volk entfachten. Der Widerstand der Völker gegen den US-Imperialismus seit dem 2. Weltkrieg und die inneren von ihm produzierten Widersprüche verursachten die strategische Niederlage der aggressiven Politik des US-Imperialismus. Die inneren von ihm selbst produzierten Widersprüche stellen sich den Völkern der Welt dar als die schwerste Krise, die der US-Imperialismus seit dem 2. Weltkrieg durchmacht.

Diese Krise ist ein notwendiges Produkt des stetigen Zerfalls der US-imperialistischen Vormachtstellung auf dem Weltmarkt.

Doppelte gegenüber der der USA gestiegen;

x innerhalb des Weltwährungssystems ist der Dollar in seiner Kaufkraft um ca. 1/3 gesunken;

x die wirtschaftliche Wachstumsrate in der BRD ist um fast das

Milliarden Dollar;

x die Inflationsrate wuchs bis heute beschleunigt auf 7.2 % an;

x die Kursbeträge an der New Yorker Börse haben den Stand der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 v. 48 % zurückerlangt.

Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten

All dies beschleunigte die Widersprüche innerhalb des "westlichen" imperialistischen Systems, so daß sich beide Seiten bereits gegenseitig mit Handelsprotektionen und Schutzzöllen drohen, währenddessen die Widersprüche zwischen den dominierenden imperialistischen Mächten USA und UdSSR gezwungenermaßen immer mehr ins Nebensächliche rücken, so wie Nixon es anläßlich seines Anschlags auf das kambodschanische Volk ausdrückte: "Wir haben protestiert, als die UdSSR in die CSSR einmarschierte, die UdSSR protestierte, als wir in Kambodscha einmarschierten." Zwei Ganoven sind sich über die Verteilung der Beute einig und quitt geworden. Die Zusammenarbeit zur Unterdrückung der Völker und zur Aufteilung der Welt zwischen US- und SU-Imperialismus wird sich jetzt immer mehr verstärken.

"Der USA-Imperialismus massakriert Menschen in anderen Ländern, zugleich auch Weiße und Schwarze in seinem eigenen Land. Nixons faschistische Gewalttaten haben die lodernden Flammen der revolutionären Massenbewegung in den USA entfacht."

Der politische Terror, den der Faschist Nixon gegen das amerikanische Volk richtet, ist selbst nur wiederum der Ausdruck einer tiefgehenden ökonomischen Krise der amerikanischen "Volks"wirtschaft.

Parallel zum Einmarsch in Kambodscha wurde (und wird noch gegenwärtig) der amerikanische Kapitalismus von einer schweren Krise zerrüttet. Die Zahl der Arbeitslosen stieg seit Beginn des Jahres 1969 von 2,6 Millionen auf 4,6 Millionen – dies ist prozentual ausgedrückt (8,7 %) die höchste Quote seit 7 Jahren. Die Ursache dafür, daß der politische Kampf des amerikanischen Proletariats noch recht rudimentär ist, ist einfach darin zu suchen, daß es der amerikanischen Monopolbourgeoisie bisher glänzend gelungen ist, die Arbeiterklasse auf eine typisch faschistische Art und Weise zu spalten. Der Anteil der schwarzen Bevölkerung an der Arbeitslosenquote beträgt allein 34 %. Die Taktik der amerikanischen Monopolbourgeoisie dieser Spaltung der Arbeiterklasse und die Erweiterung der schwarzen Reservearmee weiter zu forcieren, dürfte ihr jedoch angesichts der weiteren Krisenerscheinungen sehr schwer fallen.

x die Preise steigen um 5,2 % bei 5,5 %iger Schrumpfung der Produktion.

Stagnierendes Wirtschaftswachstum, zunehmende Arbeitslosigkeit,

solaten Situation und des wachsenden Widerstandes des amerikanischen Volkes so, daß sie sich noch mehr isolierten. Sie wollten die Unordnung durch eine scheinbare Ordnung verdecken, so wie es bisher jeder Faschismus wollte.

Der schonungslose Kampf der Faschisten gegen die fortschrittlichen Black Panthers, die unhaltbaren Anklagen gegen prominente antifaschistische Kämpfer und Kommunisten wie Angela Davis und Bobby Seale, die Enthüllungen der amerikanischen Kriegsverbrechen in Indochina (vergl. Lane-Report, Spiegel Nr. 50), dies alles trug dazu bei, daß die öffentliche Meinung der Welt die USA nicht mehr beurteilt als "das Geburtsland der Demokratie und der Menschenrechte", als "das Land der tausend Möglichkeiten", sondern daß sich die öffentliche Meinung der Welt inzwischen gegen den faschistischen US-Imperialismus gewand hat, denn "wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden." (Mao Tsetung)

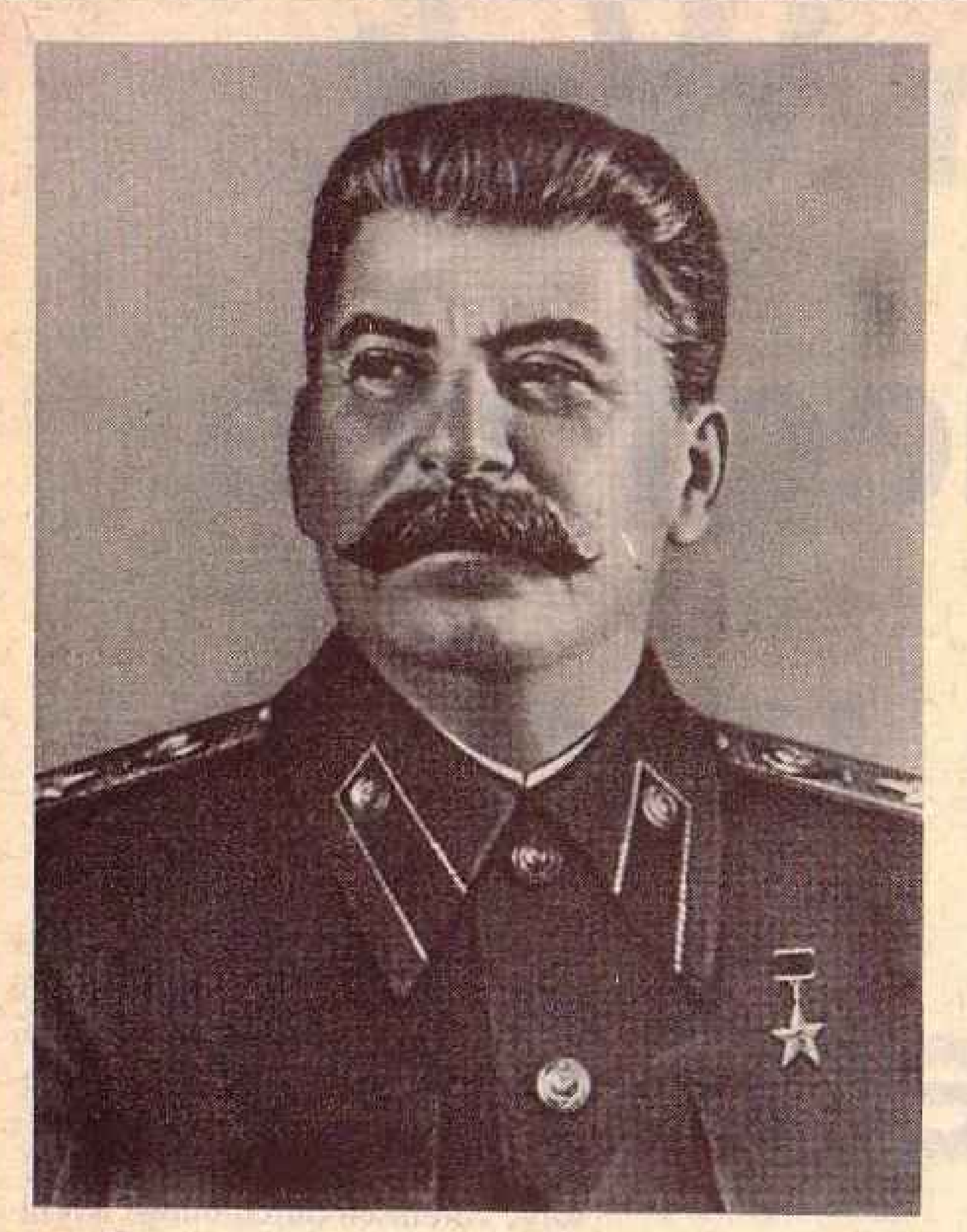
"Die USA-Aggressoren, die in Vietnam und Laos nicht siegen können, haben verschwörerisch den reaktionären Staatsstreich von Lon Nol-Sirik Matak angezettelt, skrupellos ... nommen, all das hat unter den Völkern der drei Länder Indochinas empörten Widerstand ausgelöst."

Der Überfall der US-Imperialisten in Kambodscha ist nur zu verstehen als eine irrationale Reaktion eines Todkranken angesichts des eigenen totalen Scheiterns und des eigenen Bankrotts.

Der US-Imperialismus und alle Imperialismen haben bisher versucht, die Völker mit allen Mitteln zu unterjochen. Sie wendeten die raffiniertesten Methoden ("research and destroy", Ausrottungsfeldzug, "special war" etc.) an, um den Volkskrieg zu zerschlagen – und scheiterten.

Nixons Überfall auf Kambodscha einigte das Volk, das sich in der Einheitsfront von Kampuchea zusammenschloss und isolierte die proamerikanische Lon Nol-Clique völlig. Ihr Einfluss erreicht heute nicht mehr als 10 % der Bevölkerung. Innerhalb von 3 Monaten gelang es der Befreiungsfront 40 % (12 von 13 Provinzen) zu befreien, so daß Nixon vor der Weltöffentlichkeit zugeben musste, daß ein militärischer Sieg in Südostasien ausgeschlossen ist.

Die US-Imperialisten benutzten bei ihrem Einmarsch als Rechtfertigung das Märchen von der "nordvietnamesischen Invasion"



J. W. Stalin:

Gesammelte Werke in 13 Bänden

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Preis: 13 Bände DM 100,-

Bestellungen werden ab sofort entgegengenommen.
Die Gesammelten Werke werden nur zusammen abgegeben.
Bezahlung durch Überweisung von 100,- DM im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 3217 30 (H.-J. Kühn). oder per Nachnahme.

Bei größeren Bestellungen erfolgt die Zahlung nach Vereinbarung.

Weiterverkäufer erhalten 30% Rabatt.

Bestellungen an: **ZENTRALER LITERATURVERTRIEB**
Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19
Postfach 7691
Postscheckkonto Hamburg 3217 30

Erscheinungstermin: 31. März 1971

bzw. von der "Vietnamisierung" des Krieges. Sie leugneten, daß es die inneren Widersprüche Kambodschas waren, nämlich der Widerstand des Volkes gegen die gekaufte Lon-Nol-Clique, die den Volkskrieg entfachten. Lon-Nol machte sich dieses Märchen zu eigen, um seine faschistische Völkermordkampagne gegen die vietnamesische Minderheit in Kambodscha zu führen. Die Unterstützung, die Nordvietnam dem kambodschanischen Volk gewährt, ist jedoch nur unter dem Prinzip des proletarischen Internationalismus und des daraus folgenden verstärkten Zusammenschlusses der 3 Völker Indochinas zu sehen. Die Hauptlast des Volkskrieges wird und muss vom kambodschanischen Volk getragen werden.

Diese Dialektik von verstärktem Zusammenschluss und gegenseitiger Unterstützung und dem nationalen Befreiungskampf, dem Vertrauen auf die eigene Kraft, mit Hauptseite auf letzterem, stellt sich für Kambodscha folgendermaßen dar:

Unter Führung des rechtmässigen Staatsoberhauptes von Kambodscha, S. Norodom Sihanouk, hat die nationale Einheitsfront von Kampuchea auf den vom US-Geheimdienst inzenierten Putsch der faschistischen Clique Lon-Nol-Sirik-Matak und auf den Einfall der US-Soldateska in Kambodscha mit beispielhafter Entschlossenheit reagiert, eine konsequent antiimperialistische patriotische Regierung der Nationalen Union gebildet, alle fortschrittlichen Kräfte des Khmervolkes in kürzester Zeit zum bewaffneten Widerstandskampf mobilisiert und den eindringenden Aggressoren und ihren Quislingen eine Reihe wuchtiger Schläge versetzt. Ein Ereignis von größter Tragweite im bewaffneten Freiheitskampf der Völker Indochinas ist die Ende 1970 im Grenzgebiet von Laos, Vietnam und der VR China abgehaltene Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker. Diese welthistorische Zusammenkunft und Beratung der führenden Vertreter der Völker von Kambodscha, Laos, Nordvietnam und Südvietnam hat volle Übereinstimmung ihrer Auffassungen ergeben und eröffnet unbegrenzte Möglichkeiten der Koordinierung und Vereinigung des Kampfes der indochinesischen Völker zur Vertreibung der US-Imperialisten und ihrer Kreaturen nicht nur aus Vietnam, sondern aus dem ganzen indochinesischen Raum.

Gleichzeitig distanzierte sich die Indochina-Konferenz konsequent von den revisionistischen Einflüssen der sowjetischen Sozialimperialisten. Sie stellte sich bewußt auf die Theorie Mao Tsetungs und erkannte die revolutionäre Vormachtstellung der Volksrepublik China im Weltmaßstab voll und ganz an.

"Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen und die Völker aller Länder müssen Vorbereitungen treffen".

Entgegen den revisionistischen Theorien der "friedlichen Koexistenz", des "friedlichen Übergangs", des Neokolonialismus der sozialimperialistischen Führer und des Atomfetischimus der Sowjetunion stellen sich die Völker Indochinas auf die Theorie Mao Tsetungs, auf die Theorie des Volkskrieges, die besagt, daß der menschliche Faktor im Krieg wichtiger ist als das Potential der Waffen. Die Völker Indochinas und der ganzen Welt erzielten entscheidende Erfolge in ihrer revolutionären Praxis, indem sie diese Theorie anwandten. Sie vertrauen den Appel Mao Tsetungs: **"Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte."** Die Völker Indochinas und der ganzen Welt erkennen aber auch, daß es für sie keinen Kampf gegen Imperialismus geben kann und darf, ohne Entlarvung und Bekämpfung des Revisionismus und Sozialimperialismus.

Allein das kambodschanische Volk wurde vom Verrat der Sozialimperialisten besonders schwer getroffen, die UdSSR gab offen vor aller Wellt ihre wesensgleiche Solidarität mit der faschistischen Lon-Nol-Clique durch ihre diplomatische Anerkennung bekannt. Die neue Überrumpelungstaktik aller Imperialisten einschließlich der Sozialimperialisten heißt, wie wir es am Beispiel der US-Imperialisten gegenüber Kambodscha und des Sozialimperialismus gegenüber der Tschechoslowakei klar erkennen, **Blitzkrieg.** Die globale Situation zwingt die Völker zu der Erkenntnis, daß man die Imperialisten ebensowenig an der Auslösung eines Blitzkrieges hindern kann, wie man etwa Hitler daran hindern konnte. Die fortschrittlichen Volksmassen haben jedoch heute die Möglichkeit, einem imperialistischen Blitzkrieg vorbereitet entgegenzutreten, so daß der Überraschungseffekt umso geringer ist und die Aussichten der Imperialisten, im Blitzkrieg Anfangserfolge zu erzielen, scheitern, wie wir es bereits am Beispiel Kambodschas sahen.

In der jetzigen Etappe des Imperialismus haben sich die Möglichkeiten eines "erfolgreichen" Blitzkrieges stark verringert. Andererseits haben sich auch grundsätzlich die Möglichkeiten zur Entstehung eines Weltkriegs verändert. Mao Tsetung stellte vor kurzem fest: **"Was die Frage eines Weltkriegs betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert."** Mao Tsetung leugnet keineswegs die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges, er anerkannt diese Möglichkeit als objektives Gesetz der Geschichte, er sagt aber, daß die zweite Möglichkeit, daß die Revolution den Krieg verhindert, größer ist, daß eben **"die Hauptendenz in der heutigen Welt Revolution ist".** Diese wissenschaftliche Feststellung ist die unmittelbare Konsequenz aus den Siegen der unterdrückten Nationen und Völker.

Dazu ist es eben notwendig, die Volksmassen in aller Welt auf den Volkskrieg vorzubereiten. Der Logik der Geschichte folgend, sagen die fortschrittlichen Volksmassen, daß die Perspektive der allgemeinen Volksbefreiungsbewegung glänzend ist, daß der US-Imperialismus strategisch gesehen ein Papiertiger ist, währenddessen er jedoch taktisch ernstzunehmen ist, denn der Imperialismus wird nicht sang- und klanglos von der Weltbühne verschwinden. Er führt vielmehr einen erbitterten Todeskampf, der sich darin äußert, daß seine Gewalttätigkeit wächst, daß Aggression auf Aggression folgt. Demgegenüber folgt daraus für die unterdrückten Völker Indochinas: **"In verstärktem Zusammenschluss, einander unterstützend und im langwierigen Volkskrieg ausharrend, werden die Völker der drei Länder Indochinas mit Sicherheit alle Schwierigkeiten überwinden und den vollen Sieg erringen".**

Der US-Imperialismus befindet sich angesichts dieser Tatsachen in folgender Situation: **"Von Schwierigkeiten von innen und außen bedrängt, steht die Nixon-Regierung im Inland vor einem Chaos und ist in der Welt bis zum äußersten isoliert. Die Massenbewegung zum Protest gegen die Aggression der USA in Kambodscha erfaßt den ganzen Erdball."**

Die historische Bedeutung des Appells Mao Tsetungs an die Völker der Welt für die gesamte gegenwärtige Periode des Imperialismus, die bestechende Wahrheit seiner Analyse der gegenwärtigen Weltsituation, ihre innere Logik, dies alles führt konsequent zu der für alle fortschrittlichen und revolutionären Menschen so wichtigen Feststellung: **"Die Hauptendenz in der heutigen Welt ist Revolution".**